

22.03.2019

Pressemitteilung:

## **Beinahe 90 Übergriffe auf Moscheen im Jahr 2018**

**Die Anzahl von Übergriffen auf Moscheen hat im Jahr 2018 einen neuen Höhepunkt erreicht. Nach unseren Recherchen wurden ca. 90 Angriffe auf islamische Gebetshäuser in Deutschland verübt. Das sind 20 % mehr als im Jahr 2017. Die Terroranschläge, die auf zwei Moscheen in Neuseeland verübt wurden, zeigen, dass die Problematik ernstgenommen und von Politik sowie Behörden mehr unternommen werden muss.**

Unsere Recherchen haben ergeben, dass es im Jahr 2018 einen deutlichen Anstieg von Angriffen auf Moscheen gegeben hat. Während wir im vergangenen Jahr fast 70 solcher Übergriffe registriert haben, ergeben unsere Recherchen auf Grundlage von Parlamentsdokumenten, Medienberichten zusammen mit den an uns herangetragenen Fällen, dass um die 90 Moscheen im Jahr 2018 Ziele eines Angriffs wurden. Hierunter sind 11 Brandanschläge und 2 Angriffe mit einem Luftgewehr verzeichnet. Das verdeutlicht, mittlerweile wird vermehrt auch die Verletzung von Menschen billigend in Kauf genommen. Das sind Tendenzen, die Politik und Behörden besonders im Blick haben müssen. Bisher reagieren sie nur vereinzelt mit Verurteilungen, Bekundungen ihrer Anteilnahme und allenfalls niederschweligen und zeitlich befristeten Maßnahmen. Gesamtstrategien zur Bekämpfung des antimuslimischen Rassismus sind nicht bekannt. Dabei sind ungefähr 54 Fälle von Vandalismus, worunter auch verfassungswidrige Symbole fallen, und 21 Fälle von Beleidigung und Volksverhetzung als Vorstufen zu schwereren Anschlägen zu sehen.

Die Mehrheit dieser Übergriffe hat einen antimuslimischen, rechtsextremistischen Hintergrund. Daneben gab es auch Angriffe aus anderer politischer Motivation heraus, wie z. B. das Beschmieren von Moscheen mit PKK-Parolen zeigt.

Eine erfolglose Strafverfolgung und die fehlenden (öffentlichen) Verurteilungen bzw. Solidarisierungen mit den islamischen Gemeinden, führen dazu, dass die Täter sich in Sicherheit wiegen. Dies kann sie dazu motivieren, weitere und gravierendere Anschläge zu verüben. Die Politik sollte sich dieser Entwicklung bewusst sein und notwendige Schritte ergreifen. Dazu zählen vor allem die Etablierung eines Beauftragten gegen antimuslimischen Rassismus, die Sensibilisierung der Strafverfolgungsbehörden durch Aus- und Fortbildungen der Ermittlungsbeamten in Hinblick auf rassistische, rechtsextreme und antimuslimische Taten und die Anpassung bzw. Modernisierung des Erfassungssystems für politisch motivierte Kriminalität in Absprache mit Experten.